

# MONITOR

## WAHL- UND SOZIALFORSCHUNG

# Die Bürgerschaftswahl in Bremen am 14. Mai 2023

---

### Endgültiges Ergebnis und wesentliche Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung

*Jochen Roose und Dominik Hirndorf*

- › Die Wahl zur Bremischen Bürgerschaft ist geprägt durch die Themen und Personen auf Landesebene.
- › Die SPD wird stärkste Kraft (29,8 Prozent). Das sind im Vergleich zum historisch schwachen Wahlergebnis von 2019 +4,9 Punkte.
- › Die SPD profitiert von der Beliebtheit des Amtsinhabers Andreas Bovenschulte. Die zugerechnete Politikkompetenz verbessert sich für die SPD nach einem starken Niedergang 2019, ohne das Niveau von 2015 zu erreichen.
- › Die CDU wird zweitstärkste Kraft (26,2 Prozent). Sie hält damit ihr gutes Ergebnis von 2019, kann aber nicht zusätzlich von der Unzufriedenheit mit dem Senat profitieren.
- › Die Linke hält ihr starkes Ergebnis von 2019 (10,9 Prozent). Sie profitiert insbesondere von dem Ansehen der Wirtschaftssenatorin Kristina Vogt.
- › Die Grünen erhalten 11,9 Prozent und verlieren deutlich. Ihre Politik und ihre Spitzenkandidatin Maïke Schaefer polarisieren.
- › Die FDP verliert leicht, zieht aber wieder in die Bremische Bürgerschaft ein (5,1 Prozent).
- › Die BIW gewinnen deutlich und überspringen in Bremen Stadt und Bremerhaven die Fünf-Prozent-Hürde (9,4 Prozent). Sie profitieren von der Nichtzulassung der AfD.

## Inhaltsverzeichnis

<b>Die Bürgerschaftswahl in Bremen 2023</b>	<b>3</b>
1. Besonderheiten der Bürgerschaftswahl in Bremen .....	3
2. Das Wahlergebnis in Bremen .....	3
3. Wesentliche Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung .....	4
4. Sozialstruktur und Wählerwanderung.....	7
<b>Impressum</b>	<b>10</b>
Die Autoren .....	10

## Die Bürgerschaftswahl in Bremen 2023<sup>1</sup>

### 1. Besonderheiten der Bürgerschaftswahl in Bremen

Generell gelten bei Wahlen im Bundesland Bremen zwei Besonderheiten. Erstens teilt sich das Bundesland in zwei Wahlbereiche auf: Bremen Stadt und Bremerhaven. Im Wahlbereich Bremen Stadt werden 72 Sitze der Bremischen Bürgerschaft vergeben, in Bremerhaven 15.<sup>2</sup> In beiden Wahlbereichen gelten getrennte Wahllisten mit separater Anwendung der Fünf-Prozent-Hürde.

Zweitens hat bei der Bürgerschaftswahl jede und jeder Stimmberechtigte fünf Stimmen. Diese fünf Stimmen können beliebig auf eine/einen oder mehrere Kandidatinnen oder Kandidaten aus einer oder mehreren Parteien verteilt werden. Dieses Wahlrecht führt zu einem sehr umfangreichen Stimmzettel und einem sehr aufwendigen Auszählungsprozess. Die vollständige Auszählung aller Stimmen dauert daher mehrere Tage. Die vorliegende Analyse ist eine aktualisierte Version und beruht auf dem endgültigen Ergebnis.

Eine dritte Besonderheit betrifft die AfD, die nach einer Entscheidung des Landeswahlausschusses nicht zur Bürgerschaftswahl 2023 zugelassen wurde. Hintergrund ist ein innerparteilicher Streit, der dazu führte, dass für den Wahlbereich Bremen zwei konkurrierende Kandidatenlisten eingereicht wurden. Dies ist laut Wahlrecht nicht zulässig. Im Wahlbereich Bremerhaven war die eingereichte Wahlliste nicht von einem legitimierten AfD-Landesvorstand unterzeichnet. Da aus diesen Gründen keine Wahlliste der AfD zugelassen wurde, darf die AfD bei dieser Wahl nicht antreten. Bei der letzten Bürgerschaftswahl 2019 hatte die Partei 6,1 Prozent erreicht.

### 2. Das Wahlergebnis in Bremen<sup>3</sup>

Die **SPD** erreicht 29,8 Prozent der Stimmen und wird damit – wie bereits von 1946 bis 2015 – stärkste Kraft in der Bremischen Bürgerschaft. Im Vergleich zu 2019 gewinnt sie 4,9 Prozentpunkte hinzu. Mit 27 Abgeordneten (+4) stellt die SPD die größte Fraktion.

Die **CDU** folgt als zweitstärkste Kraft mit einem Ergebnis von 26,2 Prozent. Im Vergleich zur Vorwahl, bei der die CDU erstmals stärkste Partei in der Bremischen Bürgerschaft werden konnte, verliert sie nur leicht (-0,4 Punkte). Im Wahlbereich Bremen (26,9 Prozent) schneidet die CDU stärker ab als in Bremerhaven (21,3 Prozent). Insgesamt entsendet sie 24 Abgeordnete (+/-0) in die Bürgerschaft.

Die **Grünen** verlieren deutlich und erzielen mit 11,9 Prozent (-5,5 Punkte) ihr schlechtestes Ergebnis bei Bürgerschaftswahlen in Bremen seit 1999. Ihre Fraktion umfasst in der neuen Bürgerschaft 11 Abgeordnete (-5).

Es folgt die **Linke**, die 10,9 Prozent der Stimmen erreicht. Sie kann damit an ihr bisher bestes Ergebnis bei Bremer Bürgerschaftswahlen aus 2019 (11,3 Prozent) anknüpfen und stellt weiterhin 10 Abgeordnete. Im Wahlbereich Bremen (11,6 Prozent) erzielt die Linke ein deutlich besseres Ergebnis als in Bremerhaven (6,1 Prozent).

Die **Bürger in Wut (BIW)** erreichen 9,4 Prozent der Stimmen und gewinnen im Vergleich zu 2019 deutlich hinzu (+7,0 Punkte). Sie profitieren vom Nichtantritt der AfD, die 2019 ein Ergebnis von 6,1 Prozent erreichte. Die BIW erreicht in Bremerhaven (22,7 Prozent) im Vergleich zu ihrem Abschneiden im Wahlbereich Bremen (7,4 Prozent) ein deutlich stärkeres Ergebnis. In der Summe entsendet die Partei 10 Abgeordnete (+9).

Die **FDP** zieht knapp mit 5,1 Prozent (-0,9 Punkte) in die Bremische Bürgerschaft ein. Sowohl in Bremen als auch in Bremerhaven liegt sie knapp oberhalb der Fünf-Prozent-Hürde und kann demnach aus beiden Wahlbereichen Abgeordnete entsenden. Die Fraktion der FDP umfasst wie in der vergangenen Wahlperiode 5 Abgeordnete.

Die **sonstigen Parteien** kommen insgesamt auf 6,7 Prozent (-4,5 Punkte). VOLT mit 2,0 Prozent (neu), die Tierschutzpartei mit 1,1 Prozent (neu) und Die PARTEI mit 1,0 Prozent (-0,7 Punkte) qualifizieren sich für die staatliche Teilfinanzierung für Parteien.

Die **Wahlbeteiligung** bei der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft ist deutlich gesunken. Insgesamt haben sich 56,9 Prozent der Wahlberechtigten an der Bürgerschaftswahl beteiligt und damit 7,2 Prozentpunkte weniger als bei der Bürgerschaftswahl 2019, an der 64,1 Prozent der Wahlberechtigten teilgenommen haben.

### 3. Wesentliche Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung

Das Ergebnis der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft ist durch vergleichsweise geringe Verschiebungen gekennzeichnet. In den letzten Jahren sind Zugewinne oder Verluste einer Partei von mehr als 10 Prozentpunkten keine Seltenheit. Unter den letzten fünf Landtagswahlen (2022 und 2023) waren es vier Wahlen, bei denen eine Partei mehr als 10 Prozentpunkte verloren oder gewonnen hat. So deutliche Veränderungen gibt es bei der aktuellen Wahl zur Bremischen Bürgerschaft nicht.

Bundespolitische Entwicklungen haben meist nur begrenzten Einfluss auf Landtagswahlen. Kontroversen und Personen im Land prägen die Wahlen oft stärker. So stehen bei den Themen, die für die Wahlberechtigten besonders wichtig sind, Schule und Bildung an erster Stelle, also eine zentrale Landeskompetenz. 26 Prozent nennen Bildung als wichtigstes Thema für ihre Wahlentscheidung (Infratest dimap). Für 42 Prozent ist es eines der zwei wichtigsten Probleme in Bremen (Forschungsgruppe Wahlen). Sicherheit und Ordnung ist das zweite in der Rangfolge von Themen, die für die Wahlentscheidung am wichtigsten sind (25 Prozent, Infratest dimap). 30 Prozent nennen Verkehr und öffentlichen Personennahverkehr als eines der beiden wichtigsten Probleme in Bremen (Forschungsgruppe Wahlen). Damit stehen tendenziell landesspezifische Themen im Vordergrund.

Landesspezifisch ist auch der Amtsbonus der Regierungschefin oder des Regierungschefs. Amtsinhaber sind deutlich bekannter als die übrigen Kandidierenden. Gerade bei kleineren Bundesländern können aber auch jenseits von AmtsinhaberIn bzw. Amtsinhaber und aussichtsreichstem Herausforderer einzelne weitere Personen nennenswerte Bekanntheit erreichen und die Bewertung ihrer Partei beeinflussen. So ist in Bremen nicht nur der Bürgermeister Andreas

Bovenschulte bekannt. 92 Prozent trauen sich ein Urteil über seine Arbeit zu (Infratest dimap). Neben dem Herausforderer Frank Imhoff (65 Prozent beurteilen seine politische Arbeit) kennt ein nennenswerter Teil der Wahlberechtigten auch Kristina Vogt von der Linken (69 Prozent) oder Maïke Schaefer von den Grünen (78 Prozent).

Die Ergebnisse von mehreren Parteien in Bremen weichen vom Bundestrend ab. Während die SPD auf Bundesebene verloren hat, legt sie in Bremen zu. Die CDU im Land kann vom Aufwärtstrend auf Bundesebene nicht deutlich profitieren. Die Linke hat bundesweit an Zustimmung verloren, in Bremen erzielt sie aber ein stabiles Ergebnis. Die Grünen haben in den bundesweiten Umfragen zuletzt deutlich verloren und büßen auch in Bremen ein, doch auch für das Ergebnis der Grünen sind landesspezifische Entwicklungen zu beachten. 78 Prozent der Wahlberechtigten geben an, für ihre Wahlentscheidung sei die Politik in Bremen wichtiger gewesen als die Politik im Bund (Forschungsgruppe Wahlen).

Die Arbeit der Landesregierung wird vergleichsweise schlecht bewertet. Unmittelbar vor der Wahl sind 41 Prozent sehr zufrieden oder zufrieden mit der Arbeit des Bremer Senats, während 54 Prozent weniger oder gar nicht zufrieden sind. Dies ist durchaus typisch für Bremen. Die Unzufriedenheit lag vor den Wahlen 2015 (54 Prozent) und 2011 (50 Prozent) auf ähnlichem Niveau. Bei der direkten Vorgängerwahl 2019 war die Unzufriedenheit mit 61 Prozent allerdings größer. Mit diesen Werten liegt Bremen im Vergleich der Bundesländer gemeinsam mit Berlin durchweg auf den letzten Plätzen (Infratest dimap). Allerdings führt diese Unzufriedenheit nicht automatisch zu einem Zugewinn der Oppositionsparteien. Vielmehr schlägt sich die Unzufriedenheit in einer Verschiebung zwischen den Koalitionsparteien nieder.

Die Wahlbeteiligung sinkt auf 56,9 Prozent von 64,1 Prozent (2019). Die Wahl vor fünf Jahren wurde gemeinsam mit der Europawahl abgehalten, was die Wahlbeteiligung erhöht. 2023 liegt die Wahlbeteiligung auf dem Niveau der Wahlen von 2003 bis 2015. Damit ist ein mobilisierender Effekt eines Kopf-an-Kopf-Rennens nicht zu erkennen. In den letzten Umfragen hatten SPD und CDU auf ähnlichem Niveau gelegen mit einem leichten Vorsprung für die SPD. Weil aber eine Regierungskoalition, die nicht von der SPD angeführt wird, nach verbreiteter Darstellung unwahrscheinlich war, hat sich keine mobilisierende Dynamik eines engen Rennens entwickelt.

Die SPD erholt sich mit dem Wahlergebnis in Bremen leicht, ohne an vergangene Stärke anknüpfen zu können. Die Zugewinne von 4,9 Prozentpunkten wirken erheblich, bedeuten aber das zweitschlechteste Ergebnis für die SPD in Bremen. Die SPD profitiert deutlich von ihrem Spitzenkandidaten Bovenschulte. Gäbe es eine Direktwahl des Bürgermeisters, hätten sich 58 Prozent für Bovenschulte entschieden und 25 Prozent für Imhoff (17 Prozent keine Angabe). 68 Prozent sind der Ansicht, Bovenschulte sei ein guter Bürgermeister. In allen Parteianhängerschaften mit Ausnahme der Bürger in Wut ist eine deutliche Mehrheit dieser Ansicht. So urteilen 80 Prozent der Wahlberechtigten, die kurz vor der Wahl die Grünen wählen wollen, dass Bovenschulte ein guter Bürgermeister sei. Bei den Anhängerschaften von Linken (68 Prozent), CDU (63 Prozent) und FDP (62 Prozent) sind die Mehrheiten ebenfalls dieser Ansicht (Infratest dimap). Bei der Bewertung auf einer Skala von +5 bis -5 erreicht Bovenschulte einen deutlich positiven Wert von +2,6 (Imhoff +1,1, Forschungsgruppe Wahlen).

Die positiven Ansichten über den Amtsinhaber sind nicht ungewöhnlich. Mit der positiven Bewertung von 58 Prozent liegt Bovenschulte im oberen Mittelfeld der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten in Deutschland (zum Beispiel jeweils vor den letzten Wahlen: Daniel Günther 78 Prozent, Stephan Weil 67 Prozent, Tobias Hans 49 Prozent, Franziska Giffey

36 Prozent). Bovenschultes Vorgänger Carsten Sieling erreichte allerdings mit 49 Prozent einen deutlich schlechteren Wert als Bovenschulte.

Die SPD hat sich bei den ihr zugeschriebenen Politikkompetenzen im Vergleich zur Vorwahl verbessert. Bei der Schul- und Bildungspolitik trauen 22 Prozent am ehesten der SPD zu, die Probleme zu lösen. Dies ist eine Verbesserung gegenüber der Vorwahl 2019 um 6 Punkte. Eine gute Verkehrspolitik trauen 22 Prozent der SPD zu, das sind 8 Punkte mehr als 2019. Verbesserungen der zugeschriebenen Politikkompetenz zwischen 2 und 10 Prozentpunkten gibt es bei allen erhobenen Themen (Infratest dimap). Allerdings sind diese Zuwächse meist geringer als die Abnahme der zugeschriebenen Politikkompetenz zwischen 2015 und 2019. Gleiches gilt für die generelle Politikkompetenz, die wichtigsten Aufgaben im Land zu lösen. 32 Prozent trauen dies vor der aktuellen Wahl der SPD zu. 2019 waren es mit 21 Prozent 11 Prozentpunkte weniger. 2015 waren allerdings 38 Prozent der Ansicht, die SPD könne die wichtigsten Probleme im Land lösen, 6 Prozentpunkte mehr als bei der aktuellen Wahl.

Die CDU hatte 2019 ein starkes Wahlergebnis in Bremen erreicht, das sie bei der Wahl 2023 knapp behaupten kann. Sie kann nicht noch einmal zusätzlich von der Unzufriedenheit über den Bremischen Senat profitieren. Die Strahlkraft des Amtsinhabers ist dafür zu deutlich.

Die junge CDU-Politikerin Wiebke Winter, die mit Frank Imhoff als Tandem angetreten ist, war nicht als Kandidatin für das Bürgermeisteramt benannt und wurde deshalb in den Umfragen nicht berücksichtigt. Das macht eine Beurteilung ihrer Rolle schwierig. Allerdings gewinnt die CDU gegen den Trend bei den 16- bis 24-Jährigen 4 Prozentpunkte hinzu.

Bei den zugeschriebenen Politikkompetenzen verschlechtert sich die CDU. Dies ergibt sich fast spiegelbildlich aus den Gewinnen der SPD in den verschiedenen Kompetenzbereichen. Allerdings verzeichnet die CDU in mehreren Politikfeldern bessere Kompetenzwerte als die SPD, so im Bereich der inneren Sicherheit (32 Prozent CDU zu 28 Prozent SPD), Wirtschaft (32:25) und Schul- und Bildungspolitik (28:22). In etwa gleichauf liegen beide Parteien bei der Haushaltspolitik (27:26) und der Verkehrspolitik (23:22). Bei sozialen Themen liegt die SPD vorn (bezahlbarer Wohnraum CDU 15 Prozent, SPD 30 Prozent; soziale Gerechtigkeit 12:33), wobei sich diese Abstände gegenüber 2019 kaum verändert haben (Infratest dimap).

Die Grünen verzeichnen die deutlichsten Verluste. Die Grünen hatten 2019 ihr zweitbestes Ergebnis im Land erreicht, nun kommen sie auf ihr schlechtestes Ergebnis seit 1999. Ihre Spitzenkandidatin Schaefer ist 78 Prozent der Wahlberechtigten ausreichend bekannt, um ihre Arbeit zu beurteilen. Dieses Urteil fällt allerdings deutlich negativ aus. 60 Prozent aller Wahlberechtigten sind mit ihrer Arbeit weniger oder gar nicht zufrieden. Damit wird sie im Vergleich aller Landespolitikerinnen und -politiker mit Abstand am schlechtesten bewertet. Dabei polarisiert Schaefer die Wählerinnen und Wähler. Auf der Skala von +5 bis -5 erhält Schaefer von allen Wahlberechtigten eine durchschnittliche Beurteilung von -1,1. Die Anhängerschaft der Grünen bewertet sie mit +1,5. Dieser Unterschied von 2,6 Punkten auf der Skala ist deutlich größer als die Unterschiede zwischen allen Wahlberechtigten und den jeweiligen Anhängern bei Bovenschulte und Imhoff (jeweils 1,4 Punkte, Forschungsgruppe Wahlen).

Die von Schaefer verantwortete Verkehrspolitik der Grünen wird sehr unterschiedlich beurteilt. Der Aussage „Ich finde es gut, dass die Grünen die Innenstädte autofrei machen wollen“ stimmen von allen Wahlberechtigten in Bremen nur 35 Prozent zu, während es in der Grünen-Anhängerschaft 87 Prozent sind.

Im Vergleich der westdeutschen Länder ist die Linke schon seit längerem in Bremen überdurchschnittlich erfolgreich. 2019 hatte sie ihr historisch bestes Ergebnis in Bremen erreicht und kann dies 2023 halten. Sie erweist sich damit als stabil gegen den Bundestrend. Die internen Streitigkeiten innerhalb der Bundespartei strahlen nicht auf das Wahlergebnis in Bremen aus. Die Bremer Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa und Spitzenkandidatin der Linken Vogt wird von den Wahlberechtigten positiv bewertet. 45 Prozent sind mit ihrer Arbeit eher oder sehr zufrieden. Der Aussage „Die Linken-Senatorin Kristina Vogt hat in Bremen gezeigt, dass die Linke auch Wirtschaft kann“ stimmen 51 Prozent aller Wahlberechtigten zu (Infratest dimap).

Kompetenz wird der Linken im Bereich soziale Gerechtigkeit (22 Prozent) und bezahlbarer Wohnraum (21 Prozent) zugeschrieben. Bei den übrigen Politikfeldern sind die Kompetenzzuschreibungen an die Linke gering. Bei der Wirtschaftspolitik hat sich die Linke auf niedrigstem Niveau gegenüber 2019 von 3 auf 7 Prozent verbessert (Infratest dimap).

Die Bürger in Wut profitieren deutlich, weil die AfD keine gültigen Wahlunterlagen eingereicht hat und deshalb nicht zur Wahl zugelassen werden konnte. Am häufigsten sagen ihre Anhängerinnen und Anhänger, sie hätten vor allem aus Enttäuschung über andere Parteien ihre Wahlentscheidung getroffen (68 Prozent). Lediglich 27 Prozent ihrer Wählerinnen und Wähler haben sich für die Bürger in Wut entschieden, weil sie von ihr überzeugt sind. Bei allen anderen Parteien beträgt dieser Anteil mindestens 50 Prozent (Infratest dimap). 54 Prozent der BIW-Anhängerschaft entscheiden sich nach eigener Aussage nur für diese Partei, weil die AfD diesmal nicht gewählt werden kann (Infratest dimap).

Wahlberechtigte, die sich 2019 für die AfD entschieden hatten, wählen zu knapp der Hälfte bei dieser Wahl die Bürger in Wut. In fast gleicher Größenordnung verzichten vormalige AfD-Wählende auf eine Stimmabgabe. Es ist nur ein kleiner Anteil der ehemaligen AfD-Wählerinnen und -Wähler, die sich für eine der übrigen Parteien entscheiden, wobei sich dies auf alle Parteien verteilt.

#### 4. Sozialstruktur und Wählerwanderung<sup>4</sup>

Alle Parteien – außer der BIW – sind vom Rückgang der Wahlbeteiligung betroffen. Insbesondere SPD und CDU verlieren deutlich an das Nichtwählerlager. Von der Nichtzulassung der AfD können nur die BIW stark profitieren. Alle anderen Parteien gewinnen lediglich wenige Stimmen von ehemaligen AfD-Wählerinnen und -Wählern.

Die **SPD** gewinnt vor allem von der ehemaligen Grünen- und Linken-Wählerschaft Stimmen hinzu. 9 Tsd. ehemalige Wählerinnen und Wähler der Grünen und 3 Tsd. Linken-Wählerinnen und -Wähler wählen dieses Mal die SPD. Leichte Gewinne verzeichnet die SPD auch von der FDP und der AfD, leichte Verluste dagegen an die BIW, die CDU und sonstige Parteien. Der größte Abstrom führt aus Sicht der SPD ins Nichtwählerlager (-5 Tsd. Stimmen).

Die SPD erzielt überdurchschnittliche Ergebnisse bei den ab 60-Jährigen und unterdurchschnittliche Ergebnisse in allen anderen Altersgruppen. Sie kann aber im Vergleich zur Vorwahl ihr Wahlergebnis in allen Altersgruppen rund um ihren Durchschnittswert (+5 Punkte) verbessern.

Ähnlich verhält es sich beim formalen Bildungsabschluss. Unter formal niedrig Gebildeten erzielt die SPD ein überdurchschnittliches Ergebnis, gewinnt aber bei Menschen mit mittlerem oder hohem formalen Bildungsabschluss hinzu. Die SPD wird häufiger von alteingesessenen Bremerinnen und Bremern als von neu Zugezogenen gewählt. Während sich 23 Prozent derjenigen, die weniger als zehn Jahre in Bremen wohnen, für die SPD entscheiden, sind es bei den Alteingesessenen (seit mind. 20 Jahren in Bremen) 32 Prozent.

Bei der **CDU** halten sich Zu- und Abströme die Waage. Die stärksten Zugewinne verzeichnet die CDU von den Grünen (2 Tsd.), neben leichten Gewinnen von der AfD, der SPD, der Linken und den Sonstigen. Auf der anderen Seite stehen größere Verluste an die BIW (3 Tsd.). Der größte Abstrom führt auch bei der CDU ins Nichtwählerlager (-6 Tsd.). Wie bei der SPD ist dies eine Folge der gesunkenen Wahlbeteiligung.

Wie bei anderen Wahlen schneidet die CDU bei älteren Wählerinnen und Wählern überdurchschnittlich ab, während sie bei den Jüngeren unterdurchschnittliche Ergebnisse erzielt. Allerdings gewinnt die CDU bei den 16- bis 24-Jährigen gegen den Trend rund 4 Punkte hinzu. Je länger Wählerinnen und Wähler in Bremen leben, desto besser fällt das Ergebnis für die CDU aus. Unter Wählerinnen und Wählern, die seit weniger als zehn Jahren in Bremen wohnen, kommt die CDU nur auf 18 Prozent, während sie bei den alteingesessenen Bremerinnen und Bremern von 29 Prozent gewählt wird.

Die **Grünen** verlieren Stimmen an alle Parteien, insbesondere an die Sozialdemokraten. An die SPD verlieren die Grünen 9 Tsd. Stimmen, an die Linke und das Nichtwählerlager je 3 Tsd. sowie an die CDU und die Sonstigen je 2 Tsd. Stimmen. Zudem verzeichnen die Grünen leichte Verluste an die FDP und die BIW.

Die Grünen schneiden in den jüngeren und mittleren Altersgruppen überdurchschnittlich ab, verlieren allerdings gerade bei der jüngsten Altersgruppe sehr stark. Bei den 16- bis 24-Jährigen verlieren die Grünen im Schnitt 14 Prozentpunkte, bei den Frauen noch stärker (-16 Punkte) als bei den Männern (-12 Punkte). Die Grünen werden überdurchschnittlich häufig von Wählerinnen und Wählern mit hohem formalen Bildungsabschluss gewählt sowie von neuen Bremerinnen und Bremern. Unter denjenigen, die weniger als zehn Jahre in Bremen leben, erzielen die Grünen 20 Prozent, unter den Alteingesessenen nur 8 Prozent.

Die **Linke** profitiert von der Schwäche der Grünen, verzeichnet jedoch gleichzeitig höhere Verluste an die SPD. So gewinnt die Linke zwar 3 Tsd. Stimmen von den Grünen, verliert aber eine ebenso hohe Stimmenanzahl an die SPD. Leichte Gewinne erzielt die Linke bei ehemaligen AfD-Wählerinnen und -Wählern. An CDU und BIW gibt die Linke auf niedrigem Niveau Stimmen ab. Wie fast alle anderen Parteien verliert die Linke Stimmen an das Nichtwählerlager (-1,5 Tsd.).

Die Linke schneidet unter jüngeren Wählerinnen und Wählern sowie bei jenen mit höherem formalen Bildungsabschluss überdurchschnittlich ab.

Die **BIW** profitieren maßgeblich von der Nichtzulassung der AfD, erzielen aber auch von allen anderen Parteien leichte Zugewinne. Die größte Wanderung erfolgt von ehemaligen AfD-Wählerinnen und -wählern (+7 Tsd.). Weitere 3 Tsd. Stimmen gewinnen die BIW von der CDU-Wählerschaft, neben jeweils leichten Gewinnen von SPD, FDP, Sonstigen, Grünen und der Linken. Als einzige Partei weisen die BIW eine positive Bilanz mit dem Nichtwählerlager auf (+2 Tsd.).



Die BIW erzielen – vergleichbar mit der AfD – ihre besten Wahlergebnisse in den mittleren Altersgruppen sowie bei Personen mit niedrigem oder mittlerem formalem Bildungsabschluss.

Die **FDP** hat vor allem an das Nichtwählerlager Stimmen verloren. 2 Tsd. ehemalige Wählerinnen und Wähler der FDP gehen nicht zur Wahl. Kleinere Verluste verzeichnet die Partei an die BIW und die SPD, kleinere Gewinne dagegen von der AfD und den Grünen.

Die FDP schneidet in den jüngeren Altersgruppen überdurchschnittlich ab, vor allem bei den jüngeren Männern.

Die **sonstigen Parteien** gewinnen Stimmen von Grünen und Linken (je 2 Tsd.) sowie leicht von der SPD. Dagegen geben sie an das Nichtwählerlager (2 Tsd.) und leicht an die BIW und die CDU Stimmen ab.

---

<sup>1</sup> Quellen: Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap. Alle Grafiken und Tabellen, auf denen die Wahlanalyse beruht, werden in einem gesonderten Tabellenanhang im Detail publiziert und sind ebenfalls unter [wahlen.kas.de](http://wahlen.kas.de) verfügbar.

<sup>2</sup> Die Anzahl der Sitze für den Wahlbereich Bremen wurde mit der Wahl 2023 von 69 auf 72 erhöht, um einen Ausgleich zur gesunkenen Einwohnerzahl im Wahlbereich Bremerhaven herzustellen. Die Gesamtzahl der Abgeordneten im Bundesland Bremen erhöht sich somit von 84 auf 87.

<sup>3</sup> Die folgenden Zahlen basieren auf dem endgültigen Ergebnis.

<sup>4</sup> Die Daten der Wählerwanderung beziehen sich ausschließlich auf Daten von Infratest dimap. Aufgrund von Abweichungen in den Ergebnissen zur Sozialstruktur der Wählerschaften von Infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen werden nur vergleichbare Ergebnisse berichtet.

## Impressum

### Die Autoren

**Dr. Jochen Roose** ist Referent für Wahl- und Sozialforschung in der Abteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

**Dominik Hirndorf** ist Referent für Wahl- und Sozialforschung in der Abteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

### Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

#### Dr. Jochen Roose

T +49 30 / 26 996-3798

[jochen.roose@kas.de](mailto:jochen.roose@kas.de)

#### **Dominik Hirndorf**

T +49 30 / 26 996-3858

[dominik.hirndorf@kas.de](mailto:dominik.hirndorf@kas.de)

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 10907 Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2023, Berlin

Gestaltung: yellow too, Pasiek Horntrich GbR

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).